

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

10.11.1927 (No. 262)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
No. 14
Herausgeber:
No. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
No. 5515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amann,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentner Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tritt besonderer Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden. In der Redaktion sind keine Anzeigen zu empfangen. Die Redaktion ist für den Inhalt der Anzeigen nicht verantwortlich. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Die Zeitung erscheint in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbaugebühren für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Hofkapellblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Dezembertagung des Völkerbundesrates

Die provisorische Tagung für die am 5. Dezember in Genf beginnende 48. Tagung des Völkerbundesrates ist jedoch den Regierungen der Mitgliedsstaaten zugestellt worden. Diese Tagung wird der Diskussion einer gewissen Anzahl von politischen Fragen, der Vorbereitung von Maßnahmen zur Sicherstellung und Inkräftigung einiger von der Völkerbundesversammlung im September d. J. festgesetzten Resolutionen und der Prüfung der Tätigkeit mehrerer Völkerbundeskommissionen gewidmet sein.

Unter den politischen Fragen sind u. a. zu erwähnen: die von der litauischen Regierung am 15. Oktober an den Völkerbundesrat gerichtete Eingabe betr. gewisse Maßnahmen, welche die polnische Regierung in bezug auf die Schulen, Lehrer und die Geistlichen im Gebiete von Wilna und Grodno ergriffen hat, die Frage der ungarischen Opanten in Siebenbürgen. Ferner steht neuerdings auf der Tagesordnung die Eingabe der griechischen Regierung an den Völkerbundesrat, betreffend die Einholung von Interpretationen gewisser Artikel des Versailleser Vertrages. Es handelt sich hierbei um die Angelegenheit des Kreuzers „Salamis“. Weiter stehen auf der Tagesordnung zwei Fragen betr. die Freie Stadt Danzig, von denen die eine Bezug hat auf die Benutzung der Westerpforte und die andere auf die Hafenanlagen für polnische Kriegsschiffe in Danzig. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird der Völkerbundesrat zur Ernennung des vorbereitenden Komitees zu scheitern haben, welches mit der weiteren Verfolgung der Anwendung der von der Weltwirtschaftskonferenz gefassten Empfehlungen betraut ist. Endlich wird der Rat die Vorarbeiten der Untersuchungskommission für die Kontrolle der Durchführung der Entwaffnungsvorschriften in Deutschland, Ungarn und Bulgarien zu erneuern haben, deren Amtsperiode im Laufe des Jahres 1928 ablaufen wird.

Eine Rede Luthers in Danzig

W.D. Danzig, 10. Nov. (Tel.) Bei einer anlässlich der bevorstehenden Wahlen von der Nationalliberalen Bürgerpartei gestern abend in der Messehalle veranstalteten Kundgebung sprach Reichstanzler a. D. Dr. Luther über das Thema „deutsche Schicksalsgemeinschaft“. Der Redner gab zunächst einen Überblick über die durch den Zusammenbruch Deutschlands geschaffene Lage, die dringend erfordere, daß Deutschland ein einheitliches Volk, eine Nation, werden müsse. Er vertrat die Auffassung, daß das Ostproblem eng mit dem des Westens verbunden sei, obwohl auch er ein Offiziaro für Deutschland als unmöglich bezeichnete. Es gibt keine deutsche Zukunft, sagte der Redner weiter, ohne den deutschen Osten, und die Erkenntnis wächst im deutschen Volke, daß zur Wacht am Rhein die Wacht an der Weichsel gehört.

Die Leiden Südtirols

W.D. Wien, 10. Nov. (Tel.) Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ schreiben zu einem Erlaß der italienischen Regierung, wonach die Grabinchriften in Südtirol nur in italienischer Sprache abgefaßt werden dürfen: „Die italienische Regierung weiß gut, warum sie dem Südtiroler Volke auch noch diese Wunde schlägt. Sie will es ins Herz treffen und nicht nur dem ganzen gottesfürchtigen deutschen Stamme die Heimat, sondern auch jedem einzelnen die Stätte der Andacht und Erinnerung an die Altvordern rauben. Aber das Maß ist voll und wird überlaufen. Italien sorgt schon dafür, daß der Kreis der Völker, welche es befeindlich in ihrem natürlichen Leben bedroht, sich rings zusammenschließt.“

Bürgermeisterwahlen in England

W.D. London, 10. Nov. (Tel.) Die gestern in über 300 Städten und Gemeinden abgehaltenen Bürgermeisterwahlen sind dadurch bemerkenswert, daß eine Anzahl von Frauen zu Majors gewählt wurden. Liverpool ist die einzige Stadt in England, die einen weiblichen Lordmajor gewählt hat. Es ist dies Miss Margaret Bevan, die den größten Teil ihres bisherigen Lebens der Fürsorge für verkrüppelte Kinder gewidmet hat.

Die Parteizugehörigkeit der gewählten Lordmajors und Majors ist folgende: 165 Konföderative, 90 Liberale, 35 Arbeiterpartei, 30 Unabhängige und 10, deren politische Richtung unbekannt ist.

Sieben Millionen Mark Hindenburgspende. Zu einer Mitteilung des Ruffhäuserbundes, wonach sich das Ergebnis der Hindenburgspende auf rund sieben Millionen RM beläuft, bemerkt die „Tägl. Rundschau“, daß sich zur Zeit genaue Angaben über das Ergebnis noch nicht machen ließen, da der Abschluß erst Mitte November erfolgen werde. Man könne aber annehmen, daß die Summe von sieben Millionen RM ungefähr das Richtige treffe.

Der Reichsparteiausschuß der Deutsch-demokratischen Partei ist auf den 4. Dezember nach dem Reichstage einberufen worden, wobei Reichsminister a. D. Koch-Weser allgemeine politische Fragen und die Reichstagsabg. Frau Dr. Bäumer das Reichschulgesetz behandeln werden. Ferner wird sich der Parteiausschuß mit den Kandidatenaufstellungen zum Reichstag und preussischen Landtag beschäftigen.

Das neue Reichsehrenmal. Das zuletzt aufgetauchte Projekt zur Errichtung des Reichsehrenmals auf der ehemaligen Feste Ehrenbreitstein ist mit einem daraufverständigen Exposé der Reichsregierung vorgelegt worden. Diese hat es dem Reichsfinanzwart übermitteln, der jetzt mitteilt, daß das Projekt in die engere Wahl gestellt wurde.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

Der Reparationsausschuß

M. Berlin, 10. Nov. (Priv.-Tel.)

Der Beschluß des Reichskabinetts, der gestern noch gar nicht erwartet wurde, den Reparationsausschuß einzusetzen, darf in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden. Es handelt sich hier um kein Gremium mit fest bezeichneten Befugnissen und einem genau vorgeschriebenen Aufgabekreis sondern um eine Kommission, die im Bedarfsfall zusammengerufen wird, wenn irgendeine mit den Reparationen zusammenhängende Frage eine Beratung notwendig macht. Es ist auch nicht bestimmt worden, welcher aus den drei Reichsministerien, Wirtschafts-, Finanzministerium und Auswärtiges Amt in jedem Fall erscheint. Es können ebensogut die Minister und die Staatssekretäre oder auch die Referenten und Ministerialdirektoren sein. Es ist anzunehmen, daß erst die Ergebnisse dieser Besprechungen im Kabinett dann weiter bearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß an die Reihe des Oberregierungsrates von Krüger nach Amerika unrichtige Vermutungen geknüpft wurden. Von Krüger ist Anleihekommissar für den Altanleihebesitz und führt in Wahrnehmung dieser Interessen nach Amerika. Mit der Reparationsfrage hat das nicht das mindeste zu tun. Auch war die Reise längst geplant, ehe der Reparationsagent seinen Posten unternahm.

Die Besoldungsfrage

wird stark erörtert, besonders im Anschluß an Vorgänge innerhalb des Zentrums, wo der linke Flügel gegen die Besoldungsreform Stellung genommen hat. Besonders auffällig war ein Artikel Stegerwalds in der „Germania“. Es handelt sich hier um die Vertreter der Gewerkschaften im Zentrum, die im Anschluß an die Besoldungsreform neue Lohnkämpfe erwarten und diese vom Standpunkt der Gewerkschaften aus nach Möglichkeit vermeiden möchten. In Zentrumskreisen wird aber angenommen, daß es in der großen Besprechung, die heute zwischen Reichs- und Landtagsfraktion stattfindet, zu einer Einigung kommt.

Die Grundlage dazu wird vermutlich schon in der Besprechung gefunden werden, die heute mittag zwischen den Regierungsparteien in Gegenwart des Kanzlers und des Reichsfinanzministers stattfindet. Wenn die Besoldungsreform in einer der bisherigen Vorlage sich annähernden Form durchkommt, so würde das bedeuten, daß den Beamten auch für Oktober/November Nachzahlungen geleistet werden müssen. Man hofft, daß man über die Höhe der Vorschläge hinaus, die 60 Proz. der im Entwurf vorgeschlagenen Erhöhung betragen, die Besoldungsreform durchführen kann.

Reichstanzler und Reichsaußenminister in Wien

Der Reichstanzler und der Reichsaußenminister werden am kommenden Sonntag abends von Berlin abfahren und am 14. November in Wien eintreffen. Beide werden mit den Herren ihrer Begleitung in einem Wiener Hotel als Gäste der österreichischen Regierung untergebracht werden. Am Vormittag des 14. November steht ein Besuch beim Bundeskanzler Dr. Seipel bevor, ferner ein Frühstück beim Bundespräsidenten Hainisch. Abends um 8 Uhr ist ein größerer Empfang der österreichischen Regierung, bei welcher Gelegenheit Anreden gehalten werden. Abends ist eine Vorstellung im Opernhaus und ein Essen bei dem österreichischen Interimsminister Schmis. Am 16. November wird der Reichstanzler Dr. Marx sich nach München begeben, wo er 24 Stunden verweilen wird. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, wird bis zum 16. November in Wien bleiben und dann nach Berlin zurückkehren.

Besoldungsreform und Parteien

Am Mittwoch fanden im Reichstag interfraktionelle Besprechungen über die Besoldungsreform statt. Zu Beschlüssen ist es noch nicht gekommen. Anscheinend will man, wie es in der „D. A. Z.“ heißt, die Sitzung des Zentrums am Donnerstag abwarten. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, an der Besoldungsreform des Reichsfinanzministers festzuhalten. Auch von der Deutschen Volkspartei wird nach dem genannten Blatt erklärt, daß Pläne, die Besoldungsreform etwa hinauszuschieben oder etappenweise vorzugehen, oder sie mit der Verwaltungsreform zu verbinden, nicht in Frage kämen. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei wird heute, Donnerstag, zur Beratung der schwebenden politischen Fragen zusammentreten.

Japanischer Besuch in Berlin. Unter Führung des japanischen Großindustriellen Kubara ist heute, Donnerstag morgen, aus Moskau die sogenannte Kubara-Mission, der Herren aus japanischen Industrie- und Handelskreisen angehören, in Berlin eingetroffen. Sie wurden von den Herren der hiesigen japanischen Botschaft begrüßt.

\* Die Warnung des Reparationsagenten

III.

Wir glauben, mit unseren beiden vorigen Artikeln an dieser Stelle den Beweis dafür erbracht zu haben, daß wir die Bedeutung des Gilbertschen Memorandums richtig einschätzen und den durch das Schriftstück geschaffenen Ernst der Lage voll auf würdigen. Zu der Frage, inwieweit die Anklagen, die der Reparationsagent erhebt, richtig sind oder nicht, haben wir uns nur mit Reserve geäußert. Dagegen haben wir mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß Deutschland nummehr die Pflicht obliegt, diese Frage genau zu untersuchen und nützliche Anregungen und Winke gebührend zu berücksichtigen. Schon aus außenpolitischen Gründen! Denn wir würden unsere außenpolitische Situation in diplomatischer, finanzpolitischer, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht katastrophal verschlimmern, wenn wir die Einzelheiten des Memorandums ignorieren wollten. Wir haben gerade in unserem gestrigen Artikel darauf hingewiesen, wie gefährlich die Konsequenzen der Veröffentlichung für uns sind, und wie sehr es ganz bestimmter Taten auf unserer Seite bedürfen wird, um den Schaden wieder gutzumachen.

Zu einem Punkte des Memorandums müssen wir aber pflichtgemäß mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen, und zwar vom Standpunkt der Interessen der Länder aus. Das ist der Teil des Memorandums, in welchem der Reparationsagent von dem finanzpolitischen Verhältnis zwischen Reich und Ländern spricht. Hier zeigt sich, daß Herr Parker Gilbert zweifellos nicht genügend unterrichtet ist, um ein begründetes Urteil fällen zu können. Er sieht hier lediglich einige nackte Zahlen. Und, da diese Zahlen sehr gut in den Rahmen seiner allgemeinen Anklagen gegen die Finanzpolitik des Reichs passen, verwendet er sie in diesem Sinn.

Trotz alledem hütet sich aber der Reparationsagent durchaus, an die Frage „Einheitsstaat oder Föderativstaat?“ heranzugehen. Und wenn eine Reihe unitarisch gefinnter Blätter in Deutschland die Worte des Memorandums für ihre Zwecke auszunutzen versucht, dann ist das nicht ganz korrekt gehandelt. Es wäre im übrigen auch außerordentlich merkwürdig, wenn gerade der Nordamerikaner Parker Gilbert gegen den Föderativstaat Sturm laufen wollte: ist doch seine eigene Heimat, die Union, das Muster eines Föderativstaates! In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die einzelnen Bundesmitglieder staatsrechtlich eine erheblich günstigere Stellung als bei uns die Länder.

Parker Gilbert sieht immer wieder nur das, was er sehen will. Er sieht eine Finanzgebarung in Deutschland, die er für kritisch und ungesund hält. Und sicherlich läßt sich unter dem Gesichtspunkt der Kritik auch das Verhältnis von Reich und Ländern betrachten. So wird es ja von den süddeutschen Ländern schon von jeher betrachtet. Aber nicht etwa mit der Schlussfolgerung, daß nun dem Reich noch mehr Kompetenzen übertragen werden müßten, sondern in finanzpolitischem Interesse des Ganzen und im Interesse unseres Wirtschaftslebens die umgekehrte Entwicklung einsehen müßte, also eine stärkere Dezentralisation. Die Auffassung des Reparationsagenten, die Leistungsfähigkeit des Reiches sei um so größer, je weniger es an die Länder abgebe, ist unrichtig. Parker Gilbert berücksichtigt nicht genügend die Tatsache, daß die Länder und Gemeinden bedeutende und unumgängliche Aufgaben für das Volk und seine Wirtschaft und für das Reich zu erfüllen haben, und daß der für die Erfüllung dieser Aufgaben notwendige Finanzaufwand unter allen Umständen gedeckt werden muß, wenn nicht die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft selbst leiden soll; er überieht, daß es für die Zahlungsfähigkeit des Reiches kaum einen Unterschied ausmacht, ob dieses die Aufgaben der Länder, wie es etwa im Einheitsstaat geschehen würde, an sich zieht und sie selber bezahlt, oder ob es diese Aufgabe den Ländern überläßt und diesen die Mittel zu ihrer Erfüllung gibt.

Wir zitieren hier die Worte, mit denen gestern der bayerische Finanzminister Dr. Schmeltzle im Landtag sich zu der Angelegenheit geäußert hat. Herr Schmeltzle hat dann weiter betont, es müsse „herborgehoben werden, daß Gilberts Ausführungen über die Unzumutbarkeit der Trennung von Ausgabe- und Einnahmewilligung sich in einer Richtung bewegen, in der auch die von uns oft schon erhobene Forderung nach einem Finanzausgleich auf der Basis einer reinlichen Schei-

Wang der Steuerquellen zwischen Reich und Ländern liegt. Daher wurde auch von unitarischer Seite als bald nach der Veröffentlichung seines Berichts an diesem beanstandet, seine Ausführungen führten in ihrer Konsequenz zu einer neuen Stärkung der Kleinstaaterei. Und wenn weiter der Reparationsagent beanstandet, daß die Zahlungen an die Länder und Gemeinden gemäß den Bestimmungen des Finanzausgleichs ohne Rücksicht auf finanzielle Lage und ihre Bedürfnisse geleistet werden, so berührt er sich auch mit der von uns immer wieder erhobenen Forderung nach einem individuellen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern.

Soweit der bayerische Finanzminister, dem vollkommen zuzustimmen ist. — Selbstverständlich geht es aber nicht an, die Frage des Verhältnisses von Reich und Ländern allein unter dem Gesichtswinkel des rein materiellen zu betrachten. Hier sprechen auch sehr wichtige kulturpolitische und gefühlspolitische Momente mit. Die Länder sind die Träger der Kulturaufgaben im Reich. Und diese Aufgaben können nicht unerfüllt bleiben, ohne daß auch die Wirtschaft Deutschlands, ja die Wirtschaft der ganzen Welt, Schaden leidet. Man denke nur an unsere Universitäten und Technische Hochschulen! Man denke nur an die deutsche Qualitätsarbeit, die Voraussetzung unseres Exports ist, an unsere Fortbildungsschulen und Fachschulen! Eine deutsche Volkswirtschaft, die jährlich 2½ Milliarden zahlen soll, hat, wie der bayerische Finanzminister gestern sehr richtig erklärte, einen gewissen kulturellen Stand zur Voraussetzung. Dessen Aufrechterhaltung erfordert Kosten, und diese Kosten sind Produktionskosten der deutschen Wirtschaft, und zwar ihre wichtigsten. Leider wurde das von den Sachverständigen des Dawesabkommens ganz übersehen.

Darüber, daß im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden äußerste Sparsamkeit herrschen muß, besteht allenthalben Übereinstimmung. Und deshalb steht ja auch bereits die Frage der Verwaltungsvereinfachung auf der innerpolitischen Tagesordnung mit an erster Stelle. Aber all diese Maßnahmen können getroffen werden, ohne daß dabei die Grundlage der Weimarer Verfassung verschoben wird, ohne daß dabei die Länder der ihnen gebliebenen Reste finanzieller Selbständigkeit beraubt werden. Und dann vergesse man eines nicht: bei allen Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen kommt schon um der Rangordnung willen, dann aber auch aus rein sachlichen Zweckmäßigkeitsgründen dem Reich das Recht des Vortritts zu.

Nun noch kurz ein Wort zur gefühlspolitischen Seite der Angelegenheit. Die überwiegende Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung ist entschieden gegen den Einheitsstaat. Und warum? Weil die Durchführung dieses Einheitsstaates für den Süden eine Verprechtung, eine Berlinisierung bedeuten würde. Schon werden in Bayern Stimmen laut, welche die Reichsregierung und die entscheidenden Stellen im Norden aufs ernfeste warnen, Stimmen, die man nicht unbeachtet lassen sollte. Nach der Auffassung dieser Stimmen könnte das staatsrechtliche Gefüge des Reiches geradezu gefährdet werden, wenn man den Süddeutschen ein Regime aufzwingt, gegen das sie sich aus gefühlspolitischen und rein sachlichen Gründen mit aller Leidenschaft auflehnen. Und wir glauben, daß auch der Reparationsagent, der ja schließlich als Vertreter der Gläubigerstaaten gewiß kein Interesse daran hat, über Deutschland eine staatsrechtliche Krisis hereinbrechen zu sehen, diese Tatsachen gebührend in Rechnung ziehen wird.

Auf Einzelheiten des Memorandums werden wir morgen noch in unserer wirtschaftlichen Umschau zu sprechen kommen.

#### Ein Reparationspolitischer Ausschuss

Das Reichskabinett stimmte am Mittwoch dem vom Reichsfinanzminister bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuss soll unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers entsprechend dem interministeriellen handelspolitischen Ausschuss aus Vertretern der für die Reparationspolitik im einzelnen zuständigen Ministerien gebildet und mit der Aufgabe der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

In dem Ausschuss werden das Finanzministerium, das Auswärtige Amt, das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft vertreten sein. Diese Ämter werden ihre zuständigen Sachbearbeiter in den Ausschuss entsenden. Es ist aber anzunehmen, daß in wichtigen Fragen auch die Minister selbst oder die Staatssekretäre an den Beratungen teilnehmen. Mit der Bildung des Ausschusses ist der Plan der Berufung eines Reparationskommissars erledigt. Abirigens hält man es immerhin nicht für ausgeschlossen, daß der Ausschuss einen so ausgezeichneten Sachverständigen wie Staatssekretär a. D. Bergmann, der bekanntlich für den Posten des Reparationskommissars genannt worden war, zu den Beratungen des Ausschusses hinzuzieht.

#### Die Tätigkeit des Spartakommissars

Dem „B. T.“ zufolge hat der Reichspartakommissar den Ministerialdirektor Schmidt berufen, um die Erfahrungen einheitlich zu bearbeiten, die bei den Prüfungen und Sparmaßnahmen in den verschiedenen Ländern gemacht wurden. Nach dem genannten Blatte ist es wahrscheinlich, daß die Sparkommission auch über die Tätigkeit der Kommunen Material sammeln wird. Die Ausübung eines unmittelbaren Kontrollrechtes steht ihr nicht zu.

Das in einigen Berliner Blättern verbreitete Gerücht, wonach ein Beamter des Reichspartakommissars delegiert werden soll, um die Gestaltung der Gemeindefinanzen und insbesondere ihre fortgeschrittene Rationalisierung zu überwachen, entbehrt, wie von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, jeder Grundlage.

Der Reichspräsident empfing Mittwoch vormittag den Reichskanzler und nahm einen Vortrag des Reichsministers des Innern, von Neubell, entgegen.

### Aus den Reichstagsausschüssen Das Besoldungsgesetz

Im Haushaltsausschuss des Reichstags führte am Montag bei § 6, der von der Übernahme von Personen, die zunächst außerhalb des Reichsbeamtenverhältnisses einen Lebensberuf gefunden hätten, handelt, Ministerialdirektor Rothholz aus, über die Unterbringung der Wartehandsbeamten hoffe er bei der Vorlage des Personalplans für 1928 nähere Mitteilungen machen zu können. Oberregierungsrat Olscher bezeichnete es als ausgeschlossen, dem Arbeiter und Angestellten, der in den Reichsdienst trete, die Ansprüche aus der Sozialversicherung durch Anrechnung von Dienstzeit auf die Ruhegehaltsfähige Dienstzeit durch das Reich zu erhalten. Ein Antrag der Regierungsparteien (Einfügung der Offiziere und der Defoffiziere usw. in die Bestimmungen für die Reichsbeamten) wurde genehmigt. Mit diesem Zusatz wurde dem § 6 der Regierungsvorlage zugestimmt.

§ 9 bestimmt, daß die planmäßigen Beamten einen Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Abg. Steinlopf (Soz.) und Abg. Schuldt (D.) beantragen, statt des Wohnungsgeldzuschusses einen Ortszuschlag zu gewähren. Abg. Torgler (N.) fordert Besoldung lediglich nach Leistung. Abg. Lude (W. Ver.) fordert, daß auch Inhaber von Dienstwohnungen den Wohnungsgeldzuschuß erhalten, dafür aber den ortsüblichen Mietzins entrichten. — Abg. Morath (D. Vpt.) ersucht im Namen der Regierung die Parteien um Ablehnung der Anträge, da man mit dem Ortszuschlag durchaus schlechte Erfahrungen gemacht habe. Er beantragte zugleich, die Vorschrift zu streichen, wonach Beamte und Soldaten, die eine Dienstwohnung inne haben, keinen Wohnungsgeldzuschuß erhalten.

Ministerialdirektor Dr. Rothholz hält am Wohnungsgeldzuschuß fest. Den Bedenken bezüglich des Zuschusses bei verheirateten Beamten will die Regierung Rechnung tragen, aber nicht im Geiste, sondern in den Ausführungsbestimmungen. Bezüglich der Dienstwohnungen wolle man den Wünschen der Regierungsparteien Rechnung tragen, daß die Festsetzung des Mietwertes der Wohnung unter Berücksichtigung der ortsüblichen Miete zu erfolgen hat.

Der § 9 wird unter Ablehnung aller weiteren Anträge genehmigt, die Anträge der Regierungsparteien über die Dienstwohnungen angenommen.

Bei der am heutigen Donnerstag fortgesetzten Beratung kam man zu § 10, der bestimmt, daß die ledigen Beamten geringeren Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Nach dem ändernden Beschluß des Reichstages sollen die Ledigen die Hälfte des Wohnungsgeldzuschusses bekommen, was etwas über die Regierungsvorlage hinausgeht.

Der Berichterstatter Abg. Steinlopf (Z.) vermißte eine Definition des Begriffes „ledig“ und bezeichnete es als fraglich, ob nicht überhaupt die Differenzierung verfassungsrechtlich bedenklich sei.

Nachdem der preußische Ministerialdirektor Wehse als Reichsratsberichterstatter die Reichsratsänderung vertreten hatte, verwies Ministerialdirektor Dr. Rothholz darauf, daß die preußische Vorlage den Standpunkt der Reichsregierung teile und daß zu den ledigen Beamten die verwitweten und die geschiedenen Beamten nicht zu zählen seien.

Abg. Torgler (Komm.) beantragte Streichung der Differenzierung, Abg. Lude (Wirtsch. Ver.) verlangte, daß den Ledigen vom 40. Lebensjahre ab der volle Wohnungsgeldzuschuß gezahlt werde.

Auch Abg. Schuldt (Dem.) bekämpfte diese Vorschriften, weil den Beamten dadurch mehr entzogen werde, als man ihnen durch den Einbau der Frauenzulage gebe.

Abg. Frau Böhm-Schuch (Z.) betonte, daß der § 10 die weiblichen Beamten ungerecht treffe und verlangte Streichung des Paragraphen.

Abg. Harmony (D.) begründete den Antrag der Regierungsparteien, den ledigen Beamten vom vollendeten 45. Lebensjahre ab vollen Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren.

Nachdem Abg. Wendler (Z.) gegen den § 10 gesprochen hatte, stellte Ministerialdirektor Dr. Rothholz fest, daß der Reichsfinanzminister ausdrücklich in Frageburg auf die Kürzung des Wohnungsgeldzuschusses der Ledigen hingewiesen habe. Maßgebend dafür war, daß durch Einbau der Frauenzulage die Ledigen einen Sonderertrag erhielten und daß die finanzielle Situation eine Einschränkung der Mehrbelastung, namentlich auch für die Post und die Länder erfordere. Ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Ledigen werde nicht gemacht.

Nach weiterer Debatte wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge der Antrag der Regierungsparteien angenommen und § 10 so verabschiedet.

Die §§ 11 und 12, die das Ortsklassenverzeichnis betreffen, wurden nach kurzer Aussprache unverändert angenommen.

Ministerialdirektor Rothholz erklärte, daß, sobald die Besoldungsvorlage verabschiedet ist, die Vorarbeiten für das neue Ortsklassenverzeichnis weiter gefördert werden sollten.

Weim Abschnitt III, der die Kinderzuschüsse betrifft, und mit § 13 beginnt, verlangte Abg. Frau Böhm-Schuch (Z.) die Erhöhung des bisher mit 20 M. zu gering festgesetzten Kindergeldes und Gewährung des Kinderzuschlages auch für uneheliche Kinder.

#### Das Reichsschulgesetz

DDZ, Berlin, 10. Nov. (Tel.) Der Reichstagsausschuss für das Bildungswesen setzte die Beratung des Schulgesetzes fort, wobei der Vorsitzende, Dr. Rumm (D.) mitteilte, daß Anträge auf Beschränkung der Redezeit vorliegen, über die morgen abgestimmt wird.

Auf der heutigen Tagesordnung stand die Beratung des Absatzes II und des Grundgedankens § 1, der bestimmt, daß die besonderen Aufgaben der einzelnen Schulformen durch die allgemeinen Gesichtspunkte unberührt bleiben. Ein Änderungsantrag der Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung will dies positiv so ausdrücken, daß neben den gemeinsamen Aufgaben die einzelnen Schulformen ihre besonderen Aufgaben nach den Bestimmungen des Schulgesetzes zu erfüllen haben.

Auf sozialdemokratischen Wunsch gibt Ministerialdirektor Vellengahr die Erklärung ab, daß der Antrag der Regierungsparteien die Abtätigung des Absatzes II zum Ausdruck bringe.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Regierungsparteien angenommen und ein Antrag der Frau Abg. Bäumer (Dem.) auf Streichung des Abs. II gegen die Antragsteller, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

#### Die Abänderung des Mietrechts

Im Reichstagsausschuss für das Wohnungswesen erklärte am Mittwoch Reichsjustizminister Hergt, der Zeitpunkt für die Einführung des Kündigungrechts sei gekommen. Die Regierung würde aber darauf keinen Wert legen, wenn die Hausbesitzer tatsächlich die von der Regierung vorgeschlagene Regelung bekämpften. Was im übrigen die Aufhebung der Zwangswirtschaft anlangt, so gehe die Regierung von dem in der Verfassung aufgestellten Eigentumsbegriff aus. Jede Zwangswirtschaft beeinträchtige die Privatinitiative, rufe Unsicherheit und Verzögerung hervor und wirke nachteilig auf die gesamte Volkswirtschaft ein. Möglich sei ferner der mit jeder Zwangswirtschaft verbundene große Verwaltungsa-

pparat. Während man sich im übrigen überall zur freien Wirtschaft zurückgefunden habe, sei hier ein Rest der Zwangswirtschaft zurückgeblieben. Als besonders nachteilige Folgen seien zu bezeichnen: Die Unlust des Privatkapitals, Geld für Bauzwecke herzugeben. Allerdings sei die Zeit zu einer völligen Aufhebung der Zwangswirtschaft noch nicht gekommen. Immerhin müsse dem Ziele der freien Wirtschaft schrittweise zugestrebt werden. Durch die Wiedereröffnung des Kündigungsbegriffs werde der Grundfakt des Privatkapitalismus wieder stärker und in programmatisher Form betont.

Abg. Winnefeld (D. Vpt.) warf den Sozialdemokraten vor, daß sie aus Gründen des Sozialisierungsgedankens an der Zwangswirtschaft festhielten, anstatt dem Wohnungsmangel dadurch abzuwehren, daß sie die Neubautätigkeit auf alle mögliche Weise förderten. Der Redner war der Ansicht, daß die Mieten in den Altkäufern gesenkt werden müßten, in der Weise, daß die Hauszinssteuer abgebaut wird.

### Politische Neuigkeiten

#### Bayern und das Gilbert-Memorandum

Im bayerischen Landtag wurden am Mittwoch die Fragen der Reparationsleistungen und des Einheitsstaates erörtert. Die Vertreter der Nationalliberalen, des Bauernbundes und des Völkischen Blocks stimmten darin überein, daß der Einheitsstaat keine leichtere Begabung der Reparationen gewähre, daß er aber auch keine wesentlichen öffentlichen Einsparungen bringen werde.

Finanzminister Dr. Schmelze gab dann neuseindings ein Bild der bayerischen Finanzlage, wobei er mitteilte, daß die Vorarbeiten für die Einrichtung einer eigenen Finanzverwaltung im Gange seien. An der ablehnenden Stellungnahme der bayerischen Regierung zum Steuervereinhaltungsgezet habe sich nichts geändert. Dieser Entwurf sei eine Verfassungsänderung mit dem Ziele, den letzten Rest steuerlicher Selbständigkeit der Länder zu beseitigen und die Länder finanzpolitisch zu mediatisieren.

Das Memorandum des Reparationsagenten sei für die Länder von der allergrößten Bedeutung, weil es sich auch mit der Ordnung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich und Ländern befaße. Eine Folge des Schreibens des Reparationsagenten sei bereits dadurch eingetreten, daß auf Veranlassung der Reichsregierung die Richtlinien der Beratungskomitee für Auslandsanleihen eine wesentliche Verschärfung erfahren, so daß es zweifelhaft sei, ob Bayern seinen Anleihebefehl während der nächsten zwei Jahre werden werden können. Der bayerische Haushalt drohe damit in eine außerordentlich schwierige Lage zu kommen. Wenn nicht das Reich helfe sei eine Anleihe unumgänglich. Das Reich sei nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich verpflichtet, durch eine andere Verteilung des Steueraufkommens und durch sonstige Maßnahmen der Lage Rechnung zu tragen. Die Auffassung des Reparationsagenten gehe ausschließlich davon aus, wie das Reich am leistungsfähigsten für die Reparationsverpflichtungen bleibe. Er komme dabei zu der Ansicht, daß die Leistungsfähigkeit des Reiches um so größer sei, je weniger es an die Länder und Gemeinden abgebe. Diese Schlussfolgerung sei aber irrtümlich, denn der Reparationsagent übersehe, daß die Länder und Gemeinden unumgängliche Ausgaben für Volk, Wirtschaft und Kreis zu erfüllen haben und daß der dafür notwendige Aufwand unter allen Umständen gedeckt werden müsse.

Er übersehe, daß die Reparationsfähigkeit des Reiches kaum einen Unterschied mache, sei es, daß es die Ausgaben der Länder, wie es im Einheitsstaat geschehen würde, auf sich nimmt und sie selbst bezahlt oder ob es die Ausgaben der Länder beläßt und ihnen die Mittel zu ihrer Erfüllung gibt. Allerdings gehe der Reparationsagent keineswegs so weit, wie es von unitarischer Seite hingestellt werde, daß er die Dertstellung des Einheitsstaates verlangen würde. Wenn der Reparationsagent beanstandet, daß die Zahlungen an die Länder und Gemeinden ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage und Bedürfnisse geleistet werden, so berühre er hier die von Bayern immer wieder erhobene Forderung nach einem individuellen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern. Der Reparationsagent scheine im übrigen allzu einseitig nur auf die Wirtschaft zu sehen, ohne den Zusammenhängen in ihrer Gesamtheit gerecht zu werden. Wenn er dabei im Interesse der Wirtschaft für eine Drosselung der öffentlichen Ausgaben sei, so berüchtliche er nicht genügend, daß die öffentlichen Arbeiten und der öffentliche Bedarf im Staat und in den Gemeinden für die Wirtschaft in Deutschland von jeher eine große Bedeutung gehabt habe. Es sei nicht zutreffend, daß das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben dem Wirtschaftslieben einen künstlichen Antrieb gebe. Ferner übersehe der Generalagent, daß die Länder die Träger der Kulturaufgaben im Reich sind und daß diese Kulturaufgaben nicht unerfüllt bleiben können, ohne daß auch die Wirtschaft in Deutschland und in der ganzen Welt darunter Schaden leidet. Was sollte aus der deutschen Qualitätsware werden, auf der doch unser Export beruhe, wenn unsere Volks- und Fachschulen ihren hohen Stand nicht behaupten könnten.

Wir müßten aus Vertragstreue das Londoner Abkommen weiter erfüllen, bis seine Unerfüllbarkeit auch von den Vertragsgegnern anerkannt werde. Die Reparationsleistungen seien aber nur möglich, wenn die deutsche Wirtschaft stärker werde, als sie vor dem Kriege gewesen sei. Dies aber würden unsere ehemaligen Kriegsgegner nicht wollen und nicht können, wenn sie den Krieg nicht umsonst geführt haben wollen. Bei der überaus harten Belastung des deutschen Volkes durch die Reparationspflichten und bei der schwierigen Lage der Finanzen müßte nicht nur den Ländern, sondern auch im Reich Sparsamkeit das erste Gebot sein, und zwar nicht bloß bei den reinen Verwaltungsausgaben, sondern auch beim Sachaufwand.

Beilegung des tschechoslowakischen Eisenbahnerkonflikts. Die Eisenbahner haben, wie aus Prag gemeldet wird, den Vorschlag des Ministerpräsidenten, die Eisenbahner den übrigen Staatsangestellten gleichzustellen, als annehmbare Basis für weitere Verhandlungen bezeichnet. Die Exekutive empfiehlt daher allen Angestellten, die passiv Resistenz zu beobachten.

Die Verteilung des Schillerpreises. Wie der Amtliche preussische Pressebericht mitteilt, hat die zur Verteilung des Schillerpreises berufene Kommission dem preussischen Staatsministerium als gemeinsamen Träger des Schillerpreises die Dichter Hermann Burte, Fritz von Arnim und Franz Werfel vorgeschlagen. Das Staatsministerium hat diesen Vorschlag angenommen.

Eine Berliner Zeitungspresse. Wie dem Berliner „Börsen-Courier“ von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, besteht die Absicht, den bisherigen Lehrauftrag für Zeitungspresse an der Universität Berlin in eine außerordentliche Professur umzuwandeln. Der preussische Minister hat den Antrag bereits genehmigt, über den endgültig der Landtag zu entscheiden haben wird. Mit der neu zu errichtenden Professur sollen gleichzeitig die Rektoratsgeschäfte des Berliner Instituts für Zeitungswissenschaft verbunden werden.

**Staatssekretär a. D. Baake verunglückt.** Beim Überschreiten des Bahndammes in der Bellebuestraße zu Berlin stürzte Mittwochs nachmittags Staatssekretär a. D. Baake so unglücklich, daß er sich einen linksseitigen Oberschenkelbruch zuzog.

**Streik in Berlin.** Die Berliner Bauanschläger sind heute, Donnerstag, in den Streik getreten, weil ein Schiedsspruch für sie nur eine Lohnzulage von 10 anstatt der geforderten 20 Prozent vorsieht. Die Formisten haben beschlossen, am Montag mit dem Streik zu beginnen. Eine Auswirkung auf die gesamte Metallindustrie kann erst nach einer Woche eintreten.

## Badischer Teil

### Innenminister Dr. Neumele zur Frage des Einheitsstaates

Im sozialdemokratischen Karlsruhe, „Volkstreu“ läßt sich der badische Innenminister Dr. Neumele zur Frage des Einheitsstaates folgendermaßen vernehmen:

„Weiterhin treibt im Hintergrund der politischen Schau die Idee einer Neugestaltung des Verhältnisses der Reichsgewalt zu den Deutschen Ländern und Landesmannschaften zu tiefstehenden Entscheidungen. Was bessere Erkenntnis in zielbewußtem Streben nicht zuwege bringen konnte, oder was sie zu verhindern suchte, hat die Reichsbürokratie in Auswirkung ihres Expansionstriebes spruch- und sturmgreif gemacht. Sie hat sich, vielleicht, wir wollen den minder schweren Fall annehmen, unbewußt und ohne Zielsetzung, die Ausschöpfung von Zuständigkeiten der Länder angelegen sein lassen in einem Maße, von dem sich die breitere Öffentlichkeit kaum eine Vorstellung machen kann. Das Eigenleben der deutschen Länder geht in die Periode direkten Absterbens hinüber. Nur der preussische Staat hat noch dank seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Kräfte die für die Erhaltung seiner Existenz erforderliche gesunde Finanzlage. Auf den wichtigsten Gebieten des reichspolitischen Schaffens herrscht infolgedessen heute ein undurchdringliches Dunkel. Vollzogen hat sich diese Entwicklung unter der Ära des Reichsbüros viel härter, als man in der Zeit der Weimarer Koalition hat ahnen können. Auf den Siegerstrauch der deutschen nationalen Herrschaftsgründung vom Dezember 1924 wird ein fürchterliches Erbrechen folgen.“

„So wie die Dinge nun einmal liegen, muß die Erhaltung der republikanischen Staatsform durch einen gewissen Ausbau der Reichsgewalt, mit einer ebenso gebunden, gerechten und klaren Dezentralisierung der Reichsgewalt im Rahmen der deutschen Länder als die primäre Aufgabe angesehen werden. Aus diesem Grunde ist auch die geradezu wilde, systemlose und unorganische Entwicklung des Verhältnisses des Reiches zu den Ländern zu beauern.“

### Kultusminister Leers über die Simultanschule

In einer von der Demokratischen Partei Freiburg i. Br. abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach der badische Kultusminister Dr. Leers über badische Kulturpolitik und im besonderen über den Reichsschulgesetzentwurf und seine Auswirkungen für Baden. Die Nacht des Staates über die Schule unter Vorrang der Gemeinschaftsschule dürfe nicht beiseite, noch gefährdet werden durch ein Antragsrecht von Erziehungsberechtigten. Die Schule müsse Recht und Pflicht des Staates bleiben, und aus dieser Stellung heraus dürfe sich der Staat nicht verdrängen lassen. Was den Neubildung der Schulgesetzentwürfe betreffe, so handle es sich in der Frage der Gemeinschaftsschule nicht um ein Ausnahmestück für die Länder, die bisher schon eine Gemeinschaftsschule hatten, sondern das Recht, das diese Länder hätten, solle ihnen bewahrt bleiben in der Erwartung, daß andere Länder auf diesem Wege bald nachkommen würden. Redner schilderte dann die Bemühungen der badischen Regierung, eine Steigerung der Schutzfrist für Baden zu ermöglichen, und betonte mit besonderem Nachdruck, daß nie sein Streben einem anderen Ziele gegolten habe, als der dauernden Erhaltung der badischen Simultanschule. Verschiedene Meinungen hätten nur aufkommen können hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und der Notwendigkeit seiner (des Ministers) Zustimmung zu jenem Beschluß der badischen Regierung über die Schutzfrist, nicht aber über die Sinnmäßigkeit im Grundsatz der dauernden Erhaltung der badischen Simultanschule. Zur Kostenfrage, welche aus der Verwirklichung des Reichsschulgesetzes erwachse, übergehend, meinte der Minister, es würde nicht einmal gut sein, wenn die Kosten vom Reiche übernommen würden, sondern möglichst da aufgebracht werden, wo sie durch Anträge auf besondere Schulformen verursacht werden, also den Gemeinden. Auch für die höheren Lehranstalten verwarf der Minister eine Trennung nach Bekennnissen und Weltanschauung. Zum Schluß hob der Minister die Bedeutung des kulturellen Eigenlebens der Länder hervor.

### Die Schweiz und die Rheinregulierung

In der schweizerischen Presse finden die Oktoberziffern des Rheinschiffverkehrs nach und ab Basel die größte Beachtung, weil sie ersehen lassen, welche Entwicklung der Stromschiffahrt möglich ist, wenn durch die Regulierung des Stroms dauernd die fahrbare Schiffschranne garantiert wird. In diesem Spätjahr war es ein besonders ausgeprägter Wasserreichtum infolge starker Niederschläge, der ein Äquivalent für das Fehlen der Regulierung schuf. Der Oktoberverkehr 1927, von dem sich nur der zehnte Teil in der Richtung des fließenden Wassers bewegte, war nicht weniger als zwanzigmal größer als im Vorjahre. Die Entwicklungsmöglichkeiten im Falle der Stromregulierung sind augenfällig und werden von führenden Schweizer Blättern daher auch zu der Aufforderung an die Bundesregierung benützt, mit der deutschen Regierung zu einer Verständigung wegen der Stromregulierung zwischen Rembs und Straßburg zu gelangen.

### Hochwasser

**10. Nov. Freiburg.** Die seit mehreren Tagen mit nur kurzen Unterbrechungen niedergehenden Regenfälle haben die Schwarzwaldflüsse in den Niederungen im Verlaufe der letzten Nacht bereits teilweise zum Überfluten gebracht. Die Rinne hat in ihrem Oberlauf bereits weites Gelände überschwemmt.

**10. Nov. Basel.** Infolge des wolkenbruchartigen Regens der letzten Tage, der fast ohne Unterbrechung niederging, führt die Schutter seit gestern Hochwasser. In Neidenbach und Ruppach, in welcher letzterem Orte das Benzische Sägewerk völlig unter Wasser steht, wurden Nachtwachen eingerichtet. In Basel mußte zum Schutz der Brücken um 12 Uhr heute nacht die Feuerwehr alarmiert werden, die bis gegen morgen tätig war. Im Ortsteil Krutenau-Dillingen war die ebenfalls alarmierte Wehr stundenlang tätig, das bis zur Brust in den Ställen im Wasser stehende Vieh zu retten und die Dabelligkeiten der Einwohner in Sicherheit zu bringen. Zwischen Dillingen und Hugsweier ist der Bahndamm der Strecke Frankfurt-Basel und die Straße nach Hugsweier überflutet. Ein großer Teil der Gemarkung Hugsweier steht unter Wasser. Der Schaden ist sehr groß. Schuttern hat ebenfalls durch das Hochwasser schwer gelitten.

## Raiffeisen-Verbandsstag für Pfalz, Baden und Hessen

Der landwirtschaftliche Genossenschaftsverband erhielt durch den am Mittwoch in Mannheim abgehaltenen Raiffeisen-Verbandsstag für Pfalz, Baden und Hessen bei zahlreichem Besuch (700 Teilnehmer) eine starke Betonung. Zugewandert waren auch Regierungspräsident Dr. Mathens, Speyer, sowie Oberregierungsrat Feing von der Pfälzer Kreisregierung, ferner Vertreter der einschlägigen Behörden, Organisationen und Institute.

Regierungspräsident Dr. Mathens forderte Vertrauen zur Arbeit der Regierung, die auf die Landwirtschaft reche, und betonte die Notwendigkeit des Zusammengehörigkeitsbewußtseins für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Der Jahresbericht verweist auf die durch Unwetter, Mißwachs, Seuchen, Steuerlasten usw. trostlose Lage der Landwirtschaft. Der Verband zählt 58 000 Mitglieder. Wünschenswert ist eine gemeinsame energische Arbeit, wie sie bereits in Sachen der Pfälzischen Genossenschaftszentrale zum Erfolg führte. Notwendig sei weiter höchste Sparmaßnahme. Verwaltungsdirektor Oberregierungsrat Speiser, Nürnberg, warf einen kritischen Blick auf die Ursachen der trostlosen Lage der Landwirtschaft in den letzten Jahren. Die vorübergehende hypothetische Entschuldung in der Inflationszeit habe bereits wieder einer Verschuldung in der Höhe wie vor dem Kriege Platz gemacht. Redner forderte Reichshilfe und rief die Landwirtschaft zu festem Zusammenhalt und Modernisierung der Arbeitsweise und Bodenbehandlung auf. Die gehaltenen Vorträge gaben den Teilnehmern wertvolle Anregungen.

### Die Tunnelbeleuchtung auf der Schwarzwaldbahn

In dem über 900 Meter langen Grimmelbachtunnel ist, wie aus Triberg berichtet wird, bereits die neue ständige Beleuchtungsanlage in Betrieb. Es handelt sich dabei um eine Einrichtung, die in der Schweiz in großen Tunnels schon länger besteht. Auf der Schwarzwaldbahn soll noch der 1700 Meter lange Scheibeltunnel von Sommerau und der in Doppelkurve liegende große Triberger Kehrtunnel mit dieser Beleuchtung versehen werden. Alle drei Tunnel liegen auf der oberen Strecke der Schwarzwaldbahn zwischen Triberg und der höchsten Station Sommerau.

### Ortskrankenkassenwahlen

**12. Bilingen, 9. Nov.** Das endgültige Ergebnis der Ausschussswahlen zur Bilingener Ortskrankenkasse aus dem ganzen Kassenbezirk (Stadt und Land) gestaltete sich wie folgt: Christliche Gewerkschaft 1268 Stimmen, Freie Gewerkschaften und Fabrik 1070 Stimmen. Die christl. Gewerkschaften erhalten 16 Vertreter (bisher 12), die Freien Gewerkschaften 12 Vertreter (bisher 18).

Bei den Krankenkassenwahlen in Konstanz wurden für die bürgerliche Liste 719, für die freie Liste 68 Stimmen abgegeben, 6 Stimmen waren ungültig. In Bollmatingen und Reichenau wurden 55 Stimmen für die Bürgerliche und vier Stimmen für die freie Liste abgegeben. Die Bürgerlichen werden somit nach dem vorläufigen Ergebnis 14 Ausschussmitglieder stellen, während die Freien nur einen Sitz erhalten. Nachdem bei den Arbeitnehmerwahlen 17 Sitze auf die freien Gewerkschaften und 13 auf die Christlich-Sozialen entfallen, wird der neue Ausschuss wahrscheinlich aus 27 Bürgerlichen und 18 Angehörigen der Linken bestehen.

### Zum Lohnkampf in der badischen Textilindustrie

beginnen am kommenden Montag in Freiburg zwischen den Vertretern der badischen Textilarbeiterschaft und den Unternehmern Verhandlungen über eine Lohnerhöhung. Die Arbeiterschaft verlangt eine 15prozentige Lohnerhöhung angesichts der fortwährenden Teuerung. Die Stundenlöhne, die gegenwärtig für männliche Arbeiter sich zwischen 28 und 55 Pf. bewegen, sollen auf 28 bis 63 Pf. erhöht werden und jene für die weiblichen, die gegenwärtig 22 bis 41 Pf. betragen, sollen auf 26 bis 50 Pf. erhöht werden. Die Affordäre und Brandenlöhne sollen sich dementsprechend auch nach oben bewegen. Ein Teil der Unternehmerschaft will eine gewisse Lohnerhöhung gewähren, während ein anderer Teil im Hinblick auf die Verschlechterung der Finanzlage eine solche ablehnt. Innerhalb der Arbeiterschaft wird die Lage als sehr ernst angesehen.

### Tagungen

**Der Landesverband Badischer Justizsekretäre** hielt in Karlsruhe seine diesjährige Hauptversammlung ab. Verhandlungsgegenstand waren hauptsächlich die Anstellungsverhältnisse und Beförderungsverhältnisse. Die badischen Justizsekretäre verlangen Gleichstellung mit den ihnen gleichqualifizierenden badischen Gerichtsvollziehern.

**Tagung des Unterausschusses für Schädlingsbekämpfung.** Am 25. und 26. November tagt in Freiburg im „Jägerhof“ der Unterausschuß für Schädlingsbekämpfung des Deutschen Weinbauverbandes. Als Teilnehmer kommen neben Verwaltungsbeamten die Direktoren und Beamten der deutschen Weinbauverbände, die deutschen Weinbauinspektoren und zahlreiche Industrielle in Betracht. Es wird mit 60 bis 80 Teilnehmern gerechnet. In Verbindung mit der Tagung ist eine Kostprobe badischer Weine vorgesehen.

### Gemeinde-Rundschaue

**Am die Gemeindesteuern in Baden-Baden.** Die von einzelnen Parteien und einer Berufsvertretung bezüglich der Ende Oktober von der Stadtkasse geforderten Gemeindesteuern eingereichten Anträge bildeten im Stadtrat Baden-Baden den Gegenstand einer eingehenden Beratung. In dem amtlichen Bericht wird gesagt, daß das Zusammentreffen einiger Steuertermine in verhältnismäßig kurzer Zeit auf die verspätete Verabschiedung des diesjährigen Voranschlags zurückzuführen sei, die nicht früher erfolgen konnte, weil der Antrag der Stadtverwaltung auf Ermäßigung der Grundsteuerwerte von der Staatsregierung noch nicht entschieden war und weil die maßgebenden Steuerwerte auch für die Gewerbesteuer noch nicht bekannt waren. Zur Verminderung der hierdurch entstandenen Härten hat der Stadtrat beschlossen: 1. die Zahlung der Gewerbesteuer für 1928; 2. die auf den 5. November fällige Grund- und Gewerbesteuer 1927 nicht zu mahnen; 3. die Entschuldung der Frage, ob noch weitergehende allgemeine Steuerermäßigungen möglich sind, einer späteren Beschlußfassung zu überlassen.

**Ferngasversorgung von Singen a. S.** Es sind Unterhandlungen im Gange, um vom Gaswerk Singen, das der Agwa, Berlin, gehört, auch die Stadt Engen mit Gas zu versorgen. Die Leitung soll über Volkertsbüden nach Engen gelegt werden. Die Kosten für die Leitung und Abzweigleitungen übernimmt die Agwa, so daß den anzuschließenden Gemeinden keine finanzielle Belastung entsteht.

**Der Bürgerausschuß Zell i. B.** genehmigte die Ausschüttung von Baudarlehen an die Baugesellschaft Zell i. B. von 117 000 M und ferner an private Bauinteressenten 19 000 Reichsmark. Der Voranschlag für 1927 wurde angenommen.

**Aufwertung städtischer Anleihen in Pforzheim.** Der Bürgerausschuß Pforzheim hat in nichtöffentlicher Sitzung bestimmt, daß der Einlösungsbetrag für die Markanleihen der Stadt Pforzheim alten Bestandes auf den achtfachen Betrag des Nennwertes der Ablösungsanleihe (25 v. H.), mithin auf 20 v. H. festgesetzt wird. Ferner stimmte der Bürgerausschuß zu, daß den Altbesitzern von Inhaberanleihen der Stadt Pforzheim, deren Stücke insgesamt einen Wert von weniger als 500 Goldmark ergeben (Kleinbesitz), aus freien Stücken, ohne Nachweis der Bedürftigkeit, auf Antrag eine Parafindung von 20 v. H. des Goldwertes der Markanleihen gewährt wird. Der Neubesitz soll freiwillig mit 5 v. H. des Goldwertes in bar abgefunden werden. Durch die Ablösung der Markanleihen alten Bestandes mit 20 v. H. des Goldwertes entsteht eine neue städtische Schuld in Höhe von acht Millionen Goldmark, die innerhalb 30 Jahren durch Auslosung zu tilgen und mit 5 Proz. zu verzinsen ist. Die einmaligen Parafindungsbeiträge mit zusammen etwa 190 000 M können aus bereitgestellten Mitteln bestritten werden.

### Aus der Landeshauptstadt

**Bürgermeister Hermann Schneider** ist, wie vom Rathaus mitgeteilt wird, von der Freien Deutschen Akademie des Städtebaues in Berlin zum ordentlichen Mitglied gewählt worden „wegen seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiet des Städtebaues“. Die Akademie umfaßt die namhaftesten deutschen Städtebauer und steht zur Zeit unter dem Präsidium von Prof. Dr. Brigg, Lehrer des Städtebaues an der Technischen Hochschule in Charlottenburg.

**Zur letzten Ruhe.** Trotz des regnerischen Wetters sah der Friedhof gestern eine selten große Trauerversammlung, die dem heimgegangenen ersten Vorsitzenden des Badischen Gastwirteverbandes, Anton Knopf, das letzte Geleit gab. Darunter befanden sich Landrat Dr. Baur, Oberbürgermeister Dr. Winter und der Präsident des Deutschen Gastwirteverbandes, Köster, Berlin. Umrahmt von Orgel- und Gesangschoren fand durch Stadtdiwan Monjör, Dr. Stumpf in der Kapelle die Einsegnung statt. Darauf bewegte sich der lange Trauerzug zum Grabe, wo in zahlreichen Ansprachen die hohe Wertschätzung zum Ausdruck kam, der sich der Verstorbene als Mensch und Berufskollege wie auch in seiner Stellung im öffentlichen Leben als Zentrumsmann und Mitglied der städtischen Körperschaften erfreute.

**Neuerwerbungen für das Schefelmuseum.** Der Deutsche Schefelbund und das Deutsche Schefelmuseum haben die Schefelsammlung des Herrn Anton Dreiner, Mattsee in Salzburg, erworben. — Die Mitgliederversammlung findet am 3. Dezember im Schefelmuseum statt. — Im Laufe der nächsten Woche wird die diesjährige Jahresausgabe „Schefel in Siedingen“, Briefe ins Elternhaus 1850/51“, herausgegeben von Dr. Wilhelm Zentner, an die Mitglieder verteilt werden.

**Badisches Landestheater Karlsruhe.** Saint-Saëns große Oper „Samson und Dalila“ gelangt Sonntag, den 13. November, nach 16-jähriger Pause in Karlsruhe wieder zur Ausführung. Die vollständige Neueinstudierung dieses Aufwandes liegt in den Händen von Oberregisseur Otto Krauß und Kapellmeister Rudolf Schwarz. Die neuen, dem heutigen Geschmack angepaßten Bühnenbilder wurden nach Entwürfen von Torsten Secht zusammen mit den von Margarete Schellenberg entworfenen Kostümen in den Werkstätten des Landestheaters hergestellt. Die Ausführung des technischen Teiles besorgte Rudolf Walut.

**Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte.** Auch gestern fiel in ganz Baden fast anhaltend Regen, der auf der Saar und im Hochschwarzwald nachmittags in Schnee überging. Auch heute morgen schneite es auf dem Feldberg drei Grad unter Null. Die Niederschlagsmengen des getrigen Tages waren durchweg beträchtlich über 50 Liter pro Quadratmeter. Ein neuer Kaltluftvorstoß aus Nordwesten hat die Barmluft wieder zurückgebracht und bei uns, besonders im Gebirge, starken Temperaturanstieg verursacht. Da noch Kaltluft vom Nordmeer nachfolgt, ist mit Abkühlung und weiteren Schneefällen im Schwarzwald zu rechnen. **Wetterausblick für Freitag:** Zeitweise wolkig und sehr kühl, einige Niederschläge, im Gebirge Schnee bei Frosttemperaturen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**10. Mannheim, 9. Nov.** Das Nationaltheater in Mannheim schreibt eine Anzahl Preise aus für kindliche Zeichnungen, die zu einem Märchenstück „Von Keinen Teufeln“ durch Kinder Mannheims und der Umgegend geschaffen werden. Das Preisanschreiben gibt anleitende Schilderungen. Die mit dem ersten Preis gekrönte Arbeit wird für die Gestaltung der Bühnenbilder beim diesjährigen Weihnachtsfest verwendet werden.

**10. Pforzheim, 9. Nov.** In Würm starb dieser Tage im Alter von 57 Jahren Pfarrer Karl Schilling nach schwerem Leiden. Pfarrer Schilling stammte aus Mannheim. Nachdem er als Vikar in verschiedenen Orten Badens gemerkt hatte, wurde er 1895 Diasporapfarrer in Neustadt i. Schw., späterhin Pfarrer in Diersheim und Vörsach. Im Jahre 1911 wurde er als Stadtpfarrer in die Neostiftung in Karlsruhe gewählt, wo er als Großstadtpfarrer eine außerordentliche segensreiche Wirksamkeit entfaltete. Die letzten Jahre seiner geistlichen Tätigkeit galten der Gemeinde Würm.

**10. Schwanau, 9. Nov.** Nach schwerem Leiden ist in Freiburg, wo er operiert wurde, der hiesige Fabrikant und Holzschmiedemeister Timotheus Schürer im Alter von 50 Jahren gestorben. Er stand lange Jahre im öffentlichen Leben, gehörte von 1908—1913 dem Bürgerausschuß und von 1913 bis 1926 dem Gemeinderat an und war auch Mitglied des Aufsichtsrates in der Baugenossenschaft sowie im Presseverein Triberg und in der Gewerbebank Triberg.

**10. Neustadt i. Schw., 10. Nov.** Um den im Weltkrieg für ihre schöne Schwarzwaldheimat gefallenen Söhnen ein würdiges und weithin leuchtendes Ehrenmal zu erstellen, wird auf dem die ganze Umgegend beherrschenden Kullberg nach dem Entwurf des Dr. Stahl ein mächtiges 16 Meter hohes Kreuz errichtet werden. Nachdem von einem hierzu gewählten Komitee durch freiwillige Beiträge der Bürgerstadt ein wesentlicher Betrag aufgebracht wurde, zu dem auch viele im Ausland lebende Neustädter Bürger in hohem Maße beigetragen haben, hat sich die Stadtgemeinde entschlossen, die noch fehlenden Mittel zu bewilligen. Infolge der günstigen Bitterung konnte mit den Vorarbeiten noch begonnen werden; der Zugangsweg ist bereits fertiggestellt.

**10. Stuttgart, 10. Nov.** Infolge der langanhaltenden Regengüsse ist der Neckar vielfach über die Ufer getreten. Zwischen Münsterey und Hofen bei Cannstadt ist der Verkehr unterbrochen. Die Arbeiten am Neckarканал mußten eingestellt werden. In vielen Ortschaften mußten in zahlreichen Bereichen unter Wasser stehenden Häusern die Keller geräumt werden. In Neckarhulm überschwemmte der Neckar unterhalb des Staumehrs das Gelände. Auch der Kocher und die Jagst sind über die Ufer getreten. Bei Ruchzen ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen und der Bahndamm vom Hochwasser angegriffen.

# Handel und Wirtschaft

## Berliner Devisennotierungen

	10. Nov.		9. Nov.	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	169.05	169.39	169.14	169.45
Kopenhagen 100 Kr.	112.37	112.59	112.39	112.61
Italien . . . 100 L.	22.84	22.88	22.88	22.93
London . . . 1 Pf.	20.425	20.465	20.422	20.462
Newyork . . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.46	16.50
Schweiz . . . 100 Fr.	80.835	80.995	80.845	81.005
Wien 100 Schilling	59.13	59.25	59.17	59.29
Beag . . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.428	12.448

### Verschiedenes

#### Schwab:

In der Schweiz ist, wenn die gegenwärtigen Regenfälle noch anhalten, mit einer neuen Hochwasserkatastrophe zu rechnen. In den letzten Tagen haben sich sowohl nordwärts wie südwärts starke Regenfälle ergeben, wobei der Rhein und andere Flüsse sehr gestiegen sind und zum Teil schon Hochwasser führen. In dem Vichsteinen Ortchen Baduz befürchtet man einen neuen Einbruch des Rheines. Zum Glück fällt seit heute morgen in den hohen Lagen Schnee. Der Neuschnee liegt bereits 20 bis 30 Zentimeter hoch, dagegen dauern in den unteren Lagen die Regenfälle an. Alle Pegelstationen von Meichenau bis Baduz sind angewiesen worden, genau den Wasserstand zu kontrollieren, damit rechtzeitig eingeschritten werden kann.

### Bekanntmachung.

Die Wahlen der Vertrauensmänner und Erfahrmänner zur Angestelltenversicherung.

Gemäß § 15 der Wahlordnung vom 8. September 1927 (R.G.B. 287) werden nachstehend die gültigen Vorschlagslisten für die am Sonntag, den 13. November 1927, von vorm. 9 Uhr an bis nachm. 6 Uhr, stattfindende Wahl der Vertrauensmänner und Erfahrmänner für die Angestelltenversicherung mit ihrer Bezeichnung bekanntgegeben. L. 875

#### I. Die Vorschlagslisten der Arbeitnehmer:

##### Lit. A) Liste des Zentralverbands der Angestellten (Nfa):

1. Max Notermann, Abteilungsleiter, Karlsruhe, Melkenstr. 33.
2. Hermann Stang, Betriebsbeamter, Karlsruhe, Ostendstr. 6.
3. Theodor Wenders, Betriebsbeamter, Durlach, Wilhelmstr. 1.
4. Tina Ventkefer, Kassiererin, Karlsruhe, Geibelstr. 2a.
5. Otto Schneider, Gauleiter, Karlsruhe, Poststr. 3.
6. Gertrud Dietlein, kaufm. Angestellte, Karlsruhe, Rheinstr. 32.
7. Karl Oberle, Buchhalter, Karlsruhe, Philippstr. 26.
8. Heinrich Häfner, Kaufmann, Karlsruhe, Teubertstr. 2.
9. Gerhard Bestenfelder, Betriebsbeamter, Wolfartsweier, Hauptstr. 21.
10. Heinrich Gohlens, Buchhalter, Karlsruhe, Schützenstr. 37.
11. Willi Biedemann, Expedient, Karlsruhe, Tullastr. 56.
12. Dietrich Raabe, Buchhalter, Karlsruhe, Durlacherstr. 36.

##### Lit. B) Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.D.A.), Einheitsverband der männlichen und weiblichen, kaufmännischen und technischen Büroangestellten und Werkmeister, sowie deutscher Bankbeamtenverein (D.B.V.):

1. Max Koch, kaufm. Angestellter, Karlsruhe, Bischofsstr. 4.
2. Willi Reiber, Bankbeamter, Karlsruhe, Klaupterstr. 28.
3. Josef Hoffmann, Kontoristin, Karlsruhe, Melkenstr. 7.
4. Joseph Förger, Techniker, Karlsruhe, Schumannstr. 11.
5. Erich Ederlin, Apotheker, Karlsruhe, Körnerstr. 57.
6. Peter Schall, kaufm. Angestellter, Durlach, Altmendstr. 4.
7. Karl Strittmatter, Sparsassenbeamter, Karlsruhe, Belfortstr. 4.
8. Mina Scholl, Verkäuferin, Karlsruhe, Wilhelmstr. 37.
9. Heinrich Kempf, Gewerkschaftsbeamter, Karlsruhe, Karlstr. 6.
10. Leo Müller, Reisender, Karlsruhe, Zirkel 8.
11. Adolf Weigel, Werkmeister, Durlach, Krämerstr. 29.
12. Ludwig Dengler, Bankbeamter, Karlsruhe, Amalienstr. 55.

##### Lit. C) Liste des Deutschen Werkmeisterbundes, Stg. Essen (Christlich-national):

1. Johann Rentel, Geschäftsführer, Karlsruhe, Franz-Abtstr. 19.
2. Josef Gäng, Werkmeister, Durlach, Wiesenstr. 19.
3. Josef Elger, Masch.-Bautechniker, Karlsruhe-Küppur, Hedentweg 6.
4. Konrad Hafner, Werkmeister, Grünwetterbach, Langestr. 2.
5. Karl Köhler, Werkmeister, Karlsruhe-Küppur, Langestr. 2.
6. Rudolf Schulz, Betriebsleiter, Durlach, Scheffelstr. 15.
7. Anna Weber, Abteilungsleiterin, Karlsruhe, Frühlingstr. 9.
8. Karl Holland, Werkmeister, Karlsruhe, Zepplinstr. 5.
9. Gustav Benneker, Werkmeister, Durlach, Friedrichstr. 11.
10. August Richard, Werkmeister, Karlsruhe, Essenweinstr. 33.
11. Nikolaus Hafner, Betriebsleiter, Karlsruhe, Franz-Abtstr. 16.
12. Tina Raab, Abteilungsleiterin, Karlsruhe, Gartenstr. 8a.

##### Lit. D) Liste des Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf:

1. Hermann Ruhmann, Werkmeister, Karlsruhe, Schumannstr. 3.

W.D. Koblenz, 10. Nov. (Tel.) Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage macht sich wieder ein Steigen der Nebenflüsse des Rheins bemerkbar. Der Neadar ist bei Jagdfeld um 1,80 Meter und der Obermain bei Schweinfurt um einen halben Meter gestiegen. Am 2.30 Meter ist die Mosel bei Trier in zwei Tagen gestiegen. Von der Obermosel wird weiteres Steigen gemeldet. Die Mosel führt keifig, Holz und Grummel mit sich, das nicht rechtzeitig geborgen werden konnte. Auch die Saar, Sauer und Röll sind über die Ufer getreten.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung Verwaltungsassistentenprüfung im Oktober 1927.

Gemäß § 5 der Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1922 Seite 873) wurden als für den einfachen mittleren Dienst befähigt erklärt:

- a) Auf Grund der im Juli 1927 abgehaltenen Wiederholungsprüfung:
  1. Widel Willi, Bürogehilfe in Karlsruhe.
  2. Joos Otto, Wachtmeister in Freiburg.
  3. Wüthner Ernst, Bürogehilfe in Waldshut;
- b) auf Grund der im Oktober 1927 abgehaltenen Verwaltungsassistentenprüfung:
  1. Bachmann Reinhard, Büroanwärter in Forzheim.
  2. Ebner Fritz, Angestellter in Freiburg.
  3. Gehring Florian, Wachtmeister in Forzheim.
  4. Kemmel Jakob, Büroanwärter in Bretten.
  5. Pfeiffer Karl, Wachtmeister in Heidelberg.
  6. Krail August, Wachtmeister in Karlsruhe.

7. Seiter Wendelin, Wachtmeister in Karlsruhe.  
8. Speck Frida, Rangassistentin in Offenburg.  
9. Stöble August, Büroanwärter in Offenburg.  
Karlsruhe, den 5. November 1927.  
Der Minister des Innern:  
Kemmel.

### Bekanntmachung

Die abgeforderte Gemarkung Kirchspielwald (Amtsbezirk Waldshut).

Mit Entschliessung vom 30. September 1927 wurde die Vereinigung der abgeforderten Gemarkung Kirchspielwald mit der Gemeinde Streitmatt (Amtsbezirk Waldshut) mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 angeordnet. Die Anordnung ist rechtskräftig.

Karlsruhe, den 8. November 1927.

Der Minister des Innern:  
Kemmel

## Personeller Teil

### Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

#### Berufe in gleicher Eigenschaft:

Handelslehrer Verhold Pfeiffenberger an der Handelsschule in Krefeld an jene in Baden-Baden.

#### Gestorben:

Hauptlehrerin Julie Jäger in Mannheim.

### Freihändiger Ruhholzverkauf.

Forstamt Ludmooß,  
Donnerstag, 17. Nov. 1927:  
4685 Fm. Nadelstammholz,  
Lössbergreife durch das  
Forstamt. L. 881

Umbarbeiten im Sommeraunell an der Schwarzwaldbahn zu vergeben: völlige Erneuerung des Gewölbes an 3 Stellen auf zusammen 33 m Tunnellänge, Abdecken von weiteren 20 lfd. m des bestehenden Gewölbes mittels Erneuerung von 140 lfd. m Widerlagen, Einzelauswechslung von 200 Möbsteinen, Zeichnungen und Bedingnisfest auf unserm Baubüro in Tübingen, die gegen Erstattung der Selbstkosten Angebote mit Aufschrift „Arbeiten Sommeraunell“ beschließen u. postfrei bis spätestens Mittwoch, 21. November, vorm. 10 Uhr, hier einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Billigen, den 8. Nov. 1927. Reichsbahn-Bauamt. L. 879



### Badisches Landestheater

Freitag, 11. November 1927

\* F 9 (Freitagmiete)

Th.-Gem. I. S.-Gr.

### Zwölfstünd

von Frank

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Biderit Dahlen  
Alexander Bruder Brand  
Jüngster Bruder Graf  
Herzog Herz  
Minister von der Tend  
Krafft Schulze  
Oberst Müller  
Oberst Gierl

Anfang 8 Uhr Ende 10 Uhr

I. Rang und I. Sperritz  
5 Mk

Sa. 12. Nov.: Die Brant von

Messina. So. 13. Nov.: Nach-

mittags: Spiel im Schloß.

Abends: Neu einstudiert:

Samson und Dalila. Im

Konzerth.: Zum erstenmal:

Weekend.

Colosseum  
Waldstraße 16  
Telephon 5599

Täglich  
abends 8 Uhr

Die lachende  
Revue

Freut euch  
des Lebens!

Freihändiger  
Ruhholzverkauf

Forstamt St. Blasien:  
Freitag, den 18. November  
1927, nachmittags 4 Uhr,  
5000 im Nadelstammholz,  
Fichten mit einzelnen  
Tannen. Lössbergreife  
vom Forstamt. L. 890